

Wohn-Wahnsinn: Bayerns Justizminister bremst Erwartungen

Es gibt tolle Zahlen: Die Kaufkraft der Münchner liegt 34 Prozent über dem Deutschlandmittel. Allerdings haben Menschen nichts davon. Denn die Mieten fressen diesen

Überschuss auf. Sie liegen 138 Prozent über dem Deutschlandmittel. Dieser Wahnsinn treibt die Menschen auf die Straßen. Sie fordern Lösungen von der Politik und ein Miet-

Volksbegehren. Bayerns Justizminister hält das für wenig zielführend. Die tz fasst die wichtigsten aktuellen Entwicklungen zum Thema Wohnungsnot zusammen:



Bayerns Justizminister Georg Eisenreich
Foto: Marcus Schlaf

Das Mietbegehren hat keine Chance!

Die Staatsregierung gibt dem Mieten-Volksbegehren aus rechtlichen Gründen keine Chance. „Die Zielrichtung des Begehrens verstehe ich gut“, sagte Justizminister Georg Eisenreich (CSU) unserer Zeitung, „aber dieses Volksbegehren halte ich, soweit die Miethöhe auf dem freien Wohnungsmarkt geregelt werden soll, für verfassungswidrig.“

Ziel der Initiatoren ist, die Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt für fünf Jahre einzufrieren. Die rechtlichen Hürden für ein erfolgreiches Begehren sind allerdings hoch. Unter anderem muss es sich auf Gesetze beziehen, für die der Freistaat auch zuständig ist. In diesem Fall, so argumentiert Eisenreich, hat der Bund durch sein Mieten-Gesetz von 2015 – die Einführung der umstrittenen Mietpreisbremse – das Thema abschließend geregelt. „Die Länder haben deswegen an dieser Stelle keine eigene Gesetzgebungskompetenz mehr“, warnt der Justizminister. „Ein solcher Mietenstopp würde spätestens vor dem Verfassungsgericht scheitern. Zu diesem Ergebnis kommen die Juristen in meinem Haus und auch der wissenschaftliche Dienst des Bundestags.“

Eisenreich hält das Mieten-Einfrieren auch inhaltlich für einen massiven Schritt. „Ob so ein Eingriff ins Eigentumsrecht verhältnismäßig ist, halte ich für fraglich.“ Eisenreich spricht von einem „Maßnahmenbündel“, bei dem die verschiedenen



Unter dem Motto „Ausspekuliert“ demonstrieren im September Tausende Münchner gegen den Mietwahnsinn Foto: K. Haag

Ressorts zusammenwirken müssen. Unter anderem fordert er vom Bund eine degressive Abschreibung beim Wohnungsbau. Er verlangt aber auch die Schaffung von mehr preiswertem Wohnraum in München und im Umland. Auf Landesebene kündigt Ei-

senreich für August die neue gefasste Mietpreisbremse an. Die Staatsregierung will zudem eine bessere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Umlandgemeinden auf Augenhöhe vermitteln, damit mehr Bauflächen ausgewiesen werden. Eisenreich: „Die CSU ist die Partei des Eigentums, der Freiheit und der sozialen Marktwirt-

schaft. Wenn es der Markt erkennbar nicht mehr fair regeln kann, ist die Politik gefordert. Als Münchner Abgeordneter sehe ich, dass dieses Problem zunehmend auf dem Rücken von Normalverdienern, von Familien ausgetragen wird.“ Da müsse sich die Union insgesamt mehr als bisher bewegen.

CHRISTIAN DEUTSCHLÄNDER

Streit um den Mietspiegel

Der Mietspiegel, der die „ortsübliche Vergleichsmiete“ ermitteln soll, ist ein steter Zankapfel. Sowohl Mieter wie auch Vermieter sind sich zwar einig, dass er kaum die Realität abbildet. Aber Mieter würden gern ältere Bestandsmieten miteinbeziehen und den Vermietern sind die angegebenen Kosten nicht hoch genug. In München ging die Haus- und Grundbesitzervereinigung Haus und Grund deshalb vor Gericht. Sie will von der Stadt wissen, auf welchen Daten der Mietspiegel basiert. Die Stadt verweigert deren Herausgabe mit Ver-



weis auf den Datenschutz. Gestern sollte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof entscheiden, doch das Urteil wurde vertagt. Man benötigt noch ein paar Tage Beratung. In dem Verfahren geht es um den Mietspiegel 2017 – inzwischen liegt eine Neuauflage vor: Quadratmeterpreis bei Bestandsmieten 11,69 Euro – 4,1 Prozent mehr als 2017.

Mehr Wohngeld für Geringverdiener

Das Wohngeld soll ab 1.1. 2020 erhöht und künftig alle zwei Jahre automatisch angepasst werden. Das Bundeskabinett brachte am Mittwoch den Gesetzentwurf von Bundesbauminister Horst Seehofer (CSU) auf den Weg. Danach sollen 660 000 Haushalte mit geringen Einkommen entlastet werden, 180 000 mehr als bisher. Das Wohngeld steigt für Haushalte, die es heute schon bekommen, um durchschnittlich 30 Prozent. Ein



Zwei-Personen-Haushalt beispielsweise erhält im Schnitt 190 Euro Wohngeld im Monat statt der bisherigen 145 Euro. Zuletzt war das Wohngeld 2016 erhöht worden. Davor war es sieben Jahre lang nicht angepasst worden. Bund und Länder finanzieren die Mehrkosten von 214 Millionen Euro je zur Hälfte. Die Ausgaben steigen von knapp einer Milliarde derzeit auf 1,2 Milliarden Euro im kommenden Jahr.